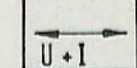
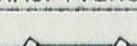







TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

- 0.6. **GEBAUDE:**
 0.6.1. Zur planlichen Festsetzung der Ziffer 2.1.1.
 Dachform: Satteldach 23 - 28°
 Dachdeckung: Pfannen, dunkelbraun
 Dachgauben: unzulässig
 Kniestock: unzulässig
 Sockelhöhe: nicht über 0,50 m
 Ortgang: Oberstand mind. 0,16 m, nicht über 0,80 m, bei Balkon bis 1,20 m
 Traufe: Oberstand mind. 0,50 m, nicht über 0,80 m
 Traufhöhe: bei U+1 talseitig nicht über 6,50 m ab natürlicher Geländeoberfläche. Die bergseitige Traufhöhe richtet sich nach den Geländebeziehungen.

PLANLICHE FESTSETZUNGEN

2. **MASS DER BAULICHEN NUTZUNG**
 2.1. **ZAHLE DER VOLLGESCHOSSE:**
 Geplantes Wohngebäude mit eingetragener Geschoszhöhe
 Mittelstrich = Firststrich
- 2.1.1.  als Höchstgrenze: sichtbares Untergeschoß und Erdgeschoß (Hanghaus), die Traufhöhe darf talseitig, gemessen ab natürlicher Geländeoberfläche 6,50 m nicht übersteigen, Dachgeschoßbau unzulässig.
 bei WA GRZ = 0,4 GFZ = 0,8
8. **HAUPTVERSÖRGENGS- UND HAUPTABWASSERLEITUNGEN:**
 8.1.  bestehender Abwasserkanal
9. **GRÜNFLÄCHEN:**
 9.1.  öffentliche Grünfläche mit Pflanzgebiet für heimische Bäume und Sträucher an der Ostseite
15. **SONSTIGE FESTSETZUNGEN:**
 15.1.  Flächen für private Stellplätze, die zur Straße hin nicht abgezäunt werden dürfen
 15.2.  Garagen, Zufahrt in Pfeilrichtung
 15.3.  mit Leitungsrechten zu belastende Fläche
 15.4.  Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes.

PRÄAMBEL
 Die Gemeinde Rimbach
 erläßt gemäß § 2 Abs. 1 und §§ 9, 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 18.6.1976, geändert durch Gesetz vom 6.7.1979 (BGBl. I S. 949), Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) i.d.F. der Bayer. Bauordnung (BayBO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 2.7.1982 (GVBl. S. 419) und der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) i.d.F. vom 15.9.1977 diesen Bebauungsplan als Satzung.

BEBAUUNGSPLAN
AUBERGSIEDLUNG-KOLLERFELD
- LICHTENECKERFELD
 VOM 08.11.1968
DECKBLATT NR. 14
 STADT/M. GEMEINDE: RIMBACH
 LANDKREIS: CHAM
 REG.-BEZIRK: OBERPFALZ

1. Änderungsbeschluß:
 Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 15.11.84 die Änderung des Bebauungsplanes beschlossen. Der Änderungsbeschluß wurde am 21.09.85 ortsüblich bekanntgemacht.
 Rimbach, den 28. März 1985 P. Volkholz
 1. Bürgermeister

2. Bürgerbeteiligung:
 Die Bürgerbeteiligung wurde gemäß § 2a Abs. 2 BBauG vom 09.04.85 bis 29.04.85 durchgeführt oder die Bürgerbeteiligung wurde gemäß § 2a Abs. 4 Nr. 2 BBauG nicht durchgeführt.
 Rimbach, den 25. April 1985 P. Volkholz
 1. Bürgermeister

3. Auslegung:
 Die Änderung des Bebauungsplanes wurde mit Begründung gemäß § 2a Abs. 6 BBauG vom 18.09.85 bis 19.09.85 öffentlich ausgelegt. Ort und Zeit der Auslegung wurden am 3.11.1985 ortsüblich bekanntgemacht und darauf hingewiesen, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können.
 Rimbach, den 20. Sep. 1985 P. Volkholz
 1. Bürgermeister

4. Satzung:
 Der Gemeinderat hat mit Beschluß des Gemeinderats vom 10. Juli 1988 die Änderung des Bebauungsplanes gemäß § 10 BBauG und Artikel 91 der Bayer. Bauordnung in der Fassung vom 2.3.1986 als Satzung beschlossen.
 Rimbach, den 12. Aug. 1986 P. Volkholz
 1. Bürgermeister

5. Genehmigung:
 Das Landratsamt Cham hat die Änderung des Bebauungsplanes mit Bescheid vom 22.10.86 Nr. 572/86-22.10.86 gemäß § 11 in Verbindung mit § 2 BBauG (Zuständigkeitsverordnung zum BBauG/StBauFG vom 6.7.1982, GVBl. S. 450) genehmigt.
 Cham, den 22.10.86 ger. Thurner

6. Inkrafttreten:
 Die Genehmigung des Deckblattes wurde am 6. Feb. 1987 gemäß § 12 Satz 1 BBauG ortsüblich bekanntgemacht. Das Deckblatt mit Begründung wird seit diesem Tage zu den üblichen Dienststunden in der Bauverwaltung der Gemeinde Rimbach zu jedermanns Einsicht bereitgehalten und über dessen Inhalt auf Verlangen Auskunft gegeben. Das Deckblatt ist damit rechtsverbindlich. Auf die Rechtsfolgen des § 44c sowie § 155a BBauG ist hingewiesen worden.

NORD

MASSTAB
 BEBAUUNGSPLAN
 1:1 000
 ÜBERSICHTSLAGEPLAN

Planunterlagen:
 Amtliche Flurkarten der Vermessungsamt im Maßstab 1:1000 Stand der Vermessung vom Jahre 1980. Nach Angabe des Vermessungsamtes zur genauen Maßstabtreue nicht gezeichnet.

Höhenrichtlinien vergrößert aus der amtlichen bayerischen Höhenflurkarte vom Maßstab 1:5000 auf den Maßstab 1:1000. Zwischen Höhenrichtlinien sind zeichnerisch interpoliert. Für Höhenentnahme für geotechnische Zwecke sind bedingt gezeichnet. Photogrammetrische bzw. tachymetrische Höhenaufnahmen wurden von der Firma

erstellt.

Die Ergänzung des Baubestandes der topographischen Gegebenheiten sowie der veränderten örtlichen Verhältnisse nach Auszeichnung und Text abgeleitet werden.

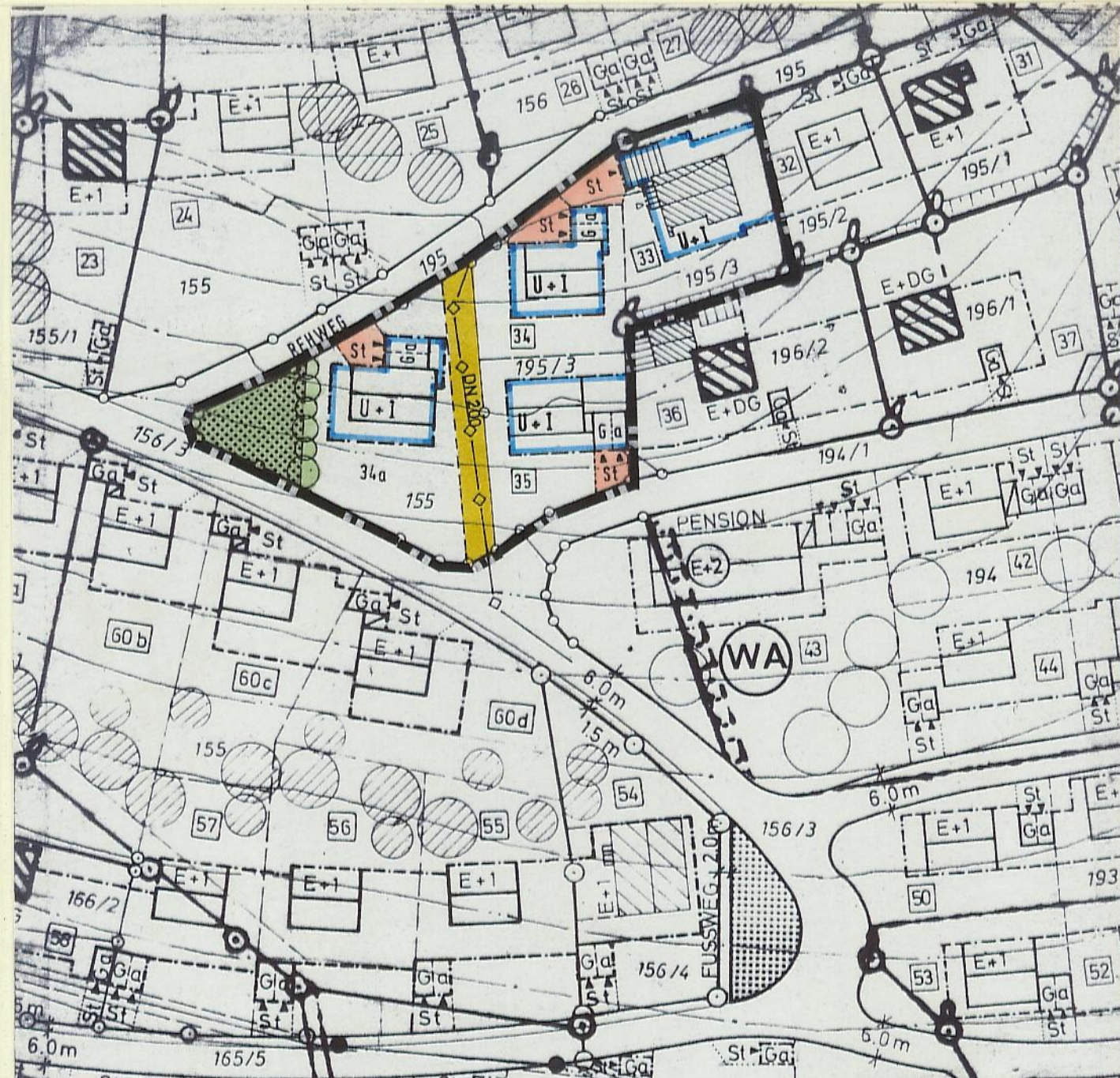
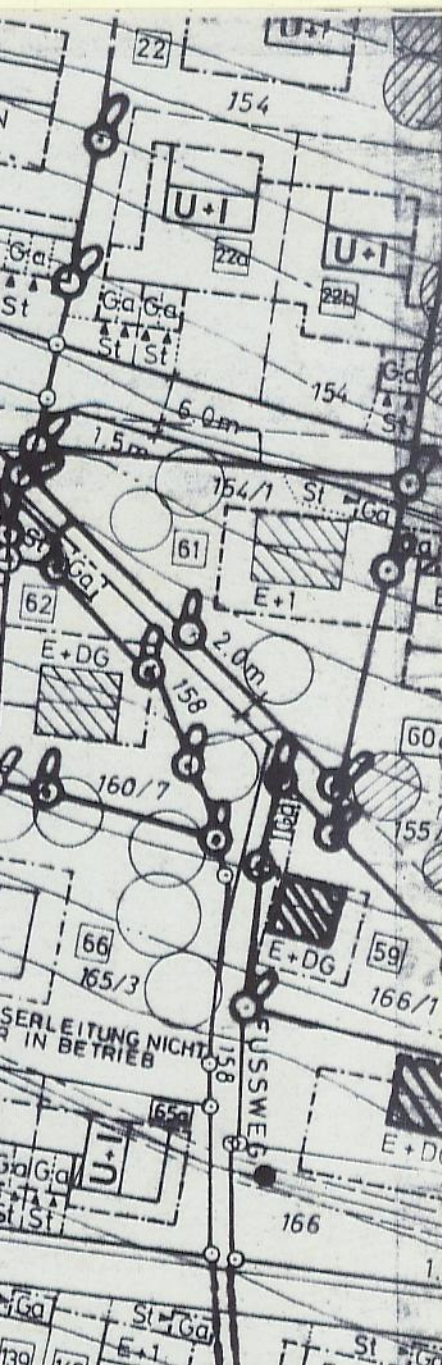
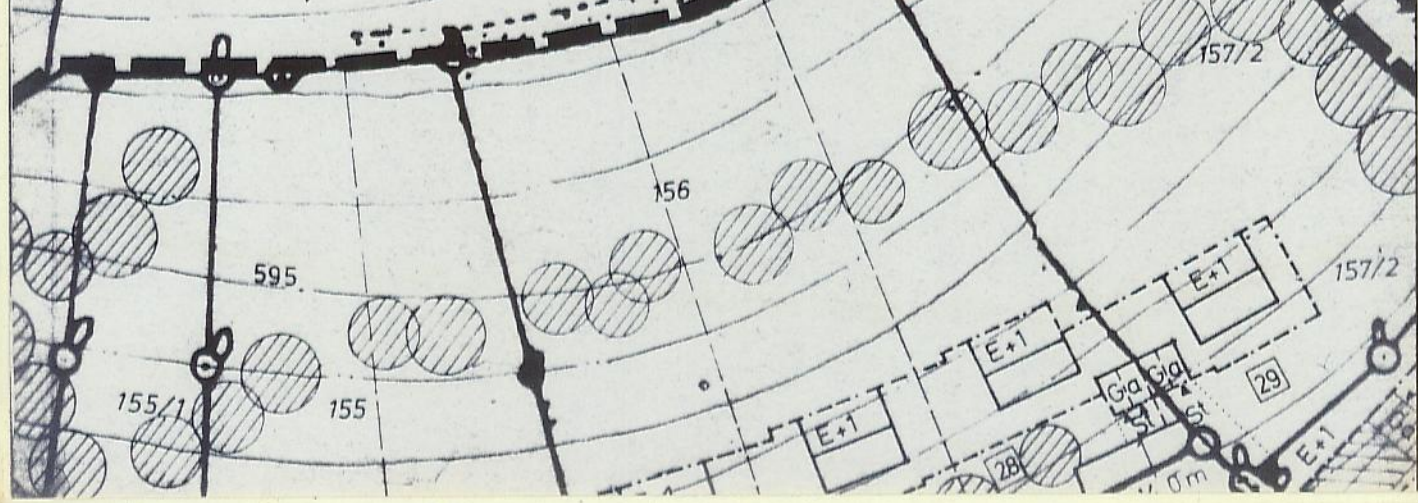
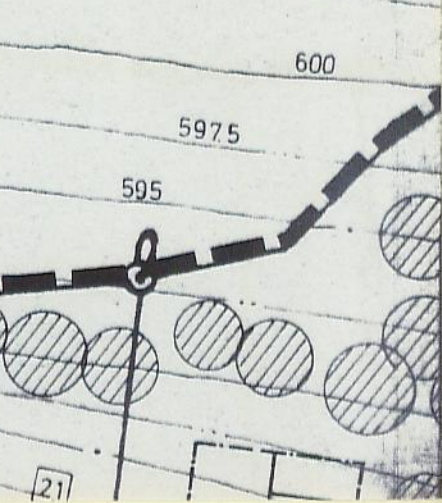
Nachrichtliche Übernahmen:
 Für nachträglich übernommene Planunterlagen und Gegebenheiten kann keine Gewähr übernommen werden.

Urheberrecht:
 Für die Planung behalte ich mir alle Rechte vor. Jede meine sonstige Zustimmung darf die Planung nicht geändert werden.

GEZ.	ANLASS	VON
73.01.85		

KRITSCHEL
 Architektur- und
 Ingenieurbüro
 Gabelsbergerstr. 16
 8300 LANDSHUT
 Tel.: 0871/61091

ZEICHNUNGS-NR.
 B 67-690-D-14



0.6. GEBÄUDE:

0.6.1. Zur planlichen Festsetzung der Ziffer 2.1.1.

- Dachform: Satteldach 23 - 28°
- Dachdeckung: Pfannen, dunkelbraun
- Dachgauben: unzulässig
- Kniestock: unzulässig
- Sockelhöhe: nicht über 0,50 m
- Ortgang: Überstand mind. 0,16 m, nicht über 0,80 m,
bei Balkon bis 1,20 m
- Traufe: Überstand mind. 0,50 m, nicht über 0,80 m
- Traufhöhe: bei U+I talseitig nicht über 6,50 m ab
natürlicher Geländeoberfläche.
Die bergseitige Traufhöhe richtet sich nach
den Geländeverhältnissen.

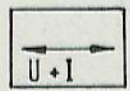
PLANLICHE FESTSETZUNGEN

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

2.1. ZAHL DER VOLLGESCHOSSE:


Geplantes Wohngebäude mit eingetragener Geschößzahl
Mittelstrich = Firstrichtung

2.1.1.




als Höchstgrenze: sichtbares Untergeschoß
und Erdgeschoß (Hanghaus),
die Traufhöhe darf talseitig, gemessen ab
natürlicher Geländeoberfläche 6,50 m nicht
übersteigen, Dachgeschoßausbau unzulässig.
bei WA GRZ = 0,4 GFZ = 0,8


HAUPTVERSÖRGENGS- UND HAUPTABWASSERLEITUNGEN:


8.1.  bestehender Abwasserkanal


GRÜNFLÄCHEN:

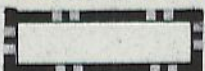
9.1.  öffentliche Grünfläche mit Pflanzgebot für heimische Bäume und Sträucher an der Ostseite

SONSTIGE FESTSETZUNGEN:

15.1.  Flächen für private Stellplätze, die zur Straße hin nicht abgezäunt werden dürfen

15.2.  Garagen, Zufahrt in Pfeilrichtung

15.3.  mit Leitungsrechten zu belastende Fläche

15.4.  Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes.

P R Ä M B E L

=====

Die Gemeinde Rimbach

erläßt gemäß § 2 Abs. 1 und §§ 9, 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 18.8.1976, geändert durch Gesetz vom 6.7.1979 (BGBl. I S. 949), Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 26.10.1982 (GVBl. S. 903) Art. 91 der Bayer. Bauordnung (BayBO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 2.7.1982 (GVBl. S. 419) und der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) i.d.F. vom 15.9.1977 diesen Bebauungsplan als Satzung.

BEBAUUNGSPLAN

AUBERGSIEDLUNG-KOLLERFELD
- LICHTENECKERFELD

VOM 08.11.1968

DECKBLATT NR. 14

STADT/M. GEMEINDE: RIMBACH
L A N D K R E I S: CHAM
R E G. - B E Z I R K: OBERPFALZ

1. Änderungsbeschluß:

Der GEMEINDERAT.... hat in der Sitzung vom 15.11.84. die Änderung des Bebauungsplanes beschlossen. Der Änderungsbeschluß wurde am 27.03.85 ortsüblich bekanntgemacht.

Rimbach....., den 28. März 1985 P. Volkholz
1. Bürgermeister

2. Bürgerbeteiligung:

Die Bürgerbeteiligung wurde gemäß § 2a Abs. 2 BBauG vom 09.04.85 bis 25.04.85 durchgeführt oder die Bürgerbeteiligung wurde gemäß § 2a Abs. 4 Nr. 2 BBauG nicht durchgeführt.

Rimbach....., den 25. April 1985 P. Volkholz
1. Bürgermeister

3. Auslegung:

Die Änderung des Bebauungsplanes wurde mit Begründung gemäß § 2a Abs. 6 BBauG vom 16.08.85 bis 19.09.85 öffentlich ausgelegt. Ort und Zeit der Auslegung wurden am 3.1. Juli 1985 ortsüblich bekanntgemacht und darauf hingewiesen, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können.

Rimbach....., den 20. Sep. 1985 P. Volkholz
1. Bürgermeister

4. Satzung:

Die Gemeinde hat mit Beschluß des Gemeinderats ...
vom ~~1.0. Juli 1986~~ die Änderung des Bebauungsplanes gemäß § 10
BBauG und Artikel 91 der Bayer. Bauordnung in der Fassung
vom ~~2.3. Mai 1986~~ als Satzung beschlossen.

..... Rimbach, den 12. Aug. 1986 *P. Voelker*
1. Bürgermeister

5. Genehmigung:

Das Landratsamt Cham hat die Änderung
des Bebauungsplanes mit Bescheid vom 22.10.86 Nr. 510-G0-22.10.86
gemäß § 11 in Verbindung mit § 2 BBauG (Zuständigkeitsverord-
nung zum BBauG/StBauFG vom 6.7.1982, GVBl.S.450) genehmigt.

..... Cham, den 22.10.86 *gez. Thurner*

6. Inkrafttreten:

Die Genehmigung des Deckblattes wurde am 6. Feb. 1987 gemäß
§ 12 Satz 1 BBauG ortsüblich bekanntgemacht. Das Deckblatt
mit Begründung wird seit diesem Tage zu den üblichen Dienst-
stunden in *der Ver. Gemeindefach. Diensten* zu jedermanns Einsicht
bereitgehalten und über dessen Inhalt auf Verlangen Auskunft
gegeben. Das Deckblatt ist damit rechtsverbindlich. Auf die
Rechtsfolgen des § 44c sowie § 155a BBauG ist hingewiesen
worden.